



ÜBRIGENS...

Redaktionsschluss: 27.02.2017

AKTIEN MIT NEUEM DIVIDENDEN-REKORD

Während die Zinsanlage ziemlich frustrierend bleibt, erfreuen sich Aktieninvestoren hoher Ausschüttungen. Die in den deutschen Indizes Dax, MDax, SDax und TecDax enthaltenen Unternehmen werden in diesem Jahr so viel Dividenden ausschütten wie nie zuvor. Allein von den 30 Dax-Konzerne sind Gewinnausschüttungen von insgesamt gut 31 Milliarden Euro angekündigt, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um rund sieben Prozent bedeutet.

Noch größer ist der Dividendenzuwachs im MDax, wo die Ausschüttungen um mehr als 20 Prozent auf fast 9 Milliarden Euro wachsen werden. Eigentlich Grund genug, sich mit Aktieninvestments zu beschäftigen. Dividendenfonds beispielsweise betätigen sich gezielt als "Dividendenjäger", indem sie hohe Dividendenrenditen zu einem zentralen Auswahlkriterium für Aktien machen. [dc2]

ZINSEN UNTER INFLATION

Im vergangenen Jahr ist das Preisniveau im Durchschnitt nur um 0,5 Prozent gestiegen. Vergleicht man aber das Preisniveau nur im Dezember mit dem ein Jahr zuvor, ergibt sich eine Teuerungsrate von 1,7 Prozent. Für Januar teilte das Statistische Bundesamt dann sogar eine Inflationsrate von 1,9 Prozent mit - den höchsten Stand seit rund drei Jahren. Vor allem der anziehende Ölpreis sorgte dafür, dass sich die Lebenshaltungskosten stärker erhöhten. Aber auch Nahrungsmittel erwiesen sich als Kostentreiber.

Auch für die Euro-Länder insgesamt ist die Inflationsrate in den vergangenen Wochen gestiegen. Der Anstieg war sogar das schnellste seit rund vier Jahren. Im Januar kosteten Waren und Dienstleistungen im Schnitt 1,8 Prozent mehr als ein Jahr zuvor, teilte das Statistikamt Eurostat mit. Hauptgrund des Anstiegs sind auch hier die Energiepreise, die um 8,1 Prozent zulegten. Unverarbeitete Lebensmittel verteuerten sich ebenfalls überdurchschnittlich, nämlich um 3,3 Prozent. In den Bereichen, die keine Rohstoffkosten enthalten, fielen die Preissteigerungen geringer aus: Dienstleistungen verteuerten sich nur um 1,2 Prozent.

Die Zeit der niedrigen Inflationsraten sei in Deutschland vorbei, glauben viele Volkswirte und Kapitalmarktexperten. Die höheren Rohstoffpreise, vor allem beim Öl, könnten die deutsche Inflationsrate im Jahresverlauf 2017 über die Zwei-Prozent-Marke bringen. An eine davon galoppierende Inflation glauben dennoch die wenigsten, denn trotz guter Konjunktur und Lohnsteigerungen sei der Preiswettbewerb in Deutschland sehr hoch. Dadurch sind bei vielen Produkten keine Preiserhöhungen durchsetzbar. Für das Gesamtjahr 2017 liegen die meisten Expertenschätzungen für die Inflationsrate deshalb unter zwei Prozent, was dem Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB) entsprechen würde. Dass dieses Ziel nun schon annähernd erreicht wurde, ist ein willkommenes Argument für die Kritiker der laxen Geldpolitik. Sie wünschen sich eine zügige Verringerung der EZB-Anleihekäufe und ein Ende der Null-Zins-Politik. Doch die Führung der EZB unter Mario Draghi will zunächst die niedrige Inflationsrate nach oben treiben, um damit die Konjunktur zu beflügeln.

Im besten Fall kann das für die deutschen Sparer bedeuten, dass das Ende des langen und weiten "Null-Zins-Tals" am Horizont auftaucht. Doch zunächst bedeutet die aktuelle Entwicklung, dass die Bilanz bei Zinsanlagen

noch schlechter ausfällt: Die Zinssätze für Sparanlagen, für Tages- und Festgeld können nicht einmal annähernd die Geldentwertung ausgleichen. Wenn der Kaufkraftverlust, den Geld durch Inflation erleidet, höher ist als die Verzinsung, die man erzielen kann, spricht man von negativen Realzinsen. Gemessen an der Kaufkraft verlieren deutsche Sparer gegenwärtig viel Geld, denn die Deutschen bunkern ihre Billionen weiterhin lieber auf nahezu unverzinsten Konten als sich mit der Wertpapieranlage zu beschäftigen.

Ulrich Kater, Chefvolkswirt der Dekabank, brachte das Problem unlängst auf den Punkt: "Wenn die Deutschen sparen, dann meinen sie, mit dem Einzahlen aufs Sparkonto sei der Job getan. Das war schon falsch zu Zeiten, als es noch Zinsen gab." Denn der Sparer gebe sich gern mit Zinsen zufrieden, ohne danach zu fragen, ob sie denn höher sind als die Inflation. Noch vor zwei Jahren entsprach der nominale Zins in etwa dem Realzins, denn die Inflationsrate lag nahe Null. Bei Null Prozent Inflation reicht eben auch ein Zins von 0,1 Prozent, um keinen realen Verlust zu erleiden. Bei der jetzigen Inflationsrate von knapp zwei Prozent, erleiden Sparer dagegen gemessen an der Kaufkraft des Geldes spürbare Verluste. [dc2]

SCHWELLENLÄNDER: TRENDWENDE ZUM BESSEREN

Kapitalmarktexperten, die sich mit der Perspektiven der Schwellenländer-Börsen beschäftigen, zeigen sich insgesamt optimistischer und plädieren dafür, die sogenannten "Emerging Markets" bei Investments zu berücksichtigen.

Die seit einem Jahr tendenziell wieder steigenden Rohstoffpreise seien für die Schwellenländer insgesamt eher positiv zu bewerten. Allerdings stellen sich die Emerging Markets alles andere als einheitlich dar. Die sehr unterschiedlichen Situationen sprechen für ein selektives und aktives Vorgehen. Mehrheitlich rechnen die Experten nach der guten Performance im Jahr 2016 auch 2017 mit weiteren Zugewinnen. 2016 hätten vor allem bessere Fundamentaldaten in einigen der größeren Märkte wie China für den Kursaufschwung gesorgt.

Die Sorgen um die chinesische Konjunktur, die im Sommer 2015 und Anfang 2016 die Börsen weltweit belastet hatten, hätten sich verflüchtigt. Die Experten raten zwar dazu, die Entwicklung in China aufmerksam zu beobachten. Doch aktuell sehe es in China gut aus. So wird auf die schwächere Landeswährung, Renminbi, verwiesen, die den chinesischen Export stütze. Positive strukturelle Entwicklungen in China sollten sich langfristig auch positiv auf die Performance von Unternehmen auswirken.

Neue Sorgen könnte allerdings die Politik von Donald Trump auslösen, weil seine Handelshemmnisse gerade chinesischen Unternehmen schaden könnten, die viele Produkte in den USA verkaufen.

Manche Emerging-Markets-Experten bevorzugen auch deshalb Volkswirtschaften, die über eine starke Binnennachfrage verfügen. Wenn gleichzeitig auch noch sinnvolle Reformen auf den Weg gebracht wurden, seien die Aussichten sehr gut. In verschiedenen Schwellenländern werde die Nachfrage der aufstrebenden Mittelschicht nach Waren und Dienstleistungen zur entscheidenden Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung.

Länder wie Indien, Indonesien und Russland hätten Fortschritte bei der notwendigen Neuausrichtung, bei ihren Leistungsbilanzen und Staatshaushalten gemacht. Diese Entwicklungen sollten Verbrauchern das Vertrauen geben, wieder verstärkt zu konsumieren - und Anlegern, zu investieren.

In Russland scheint sich nach zwei Jahren Rezession die Wirtschaft wieder zu fangen. Die Finanzmärkte antizipieren bereits die Verbesserung - trotz der weiterhin bestehenden politischen Defizite.

Noch überzeugender sind die Fortschritte in Brasilien: Die neue Regierung unter Präsident Michel Temer hat mit der Absenkung der Höchstgrenze für öffentliche Ausgaben und der Vorbereitung einer möglichen Reform des Sozialhilfesystems die ersten Schritte hin zu einer finanziellen Stabilisierung des Landes unternommen. Politisch motivierte Eingriffe wie staatlich kontrollierte Preise werden überprüft. Das 2015 noch hohe Leistungsbilanzdefizit ist schon stark verringert worden. Nach der Amtsenthebung der ehemaligen Präsidentin durch den Senat scheint der Raum für eine vernünftigeren Wirtschaftspolitik gegeben zu sein. Die Verabschiedung einer Verfassungsänderung, wonach die Staatsausgaben nicht schneller als die Inflationsrate des Vorjahres wachsen dürfen, ist ein solcher vernünftiger Schritt. Die Regierung hat angedeutet, eine ganze Reihe struktureller Reformen angehen zu wollen. Die Börse in Brasilien feiert schon seit Monaten den Politikwechsel mit steigenden Kursen. [dc2]

AKTIEN: REKORDLAUNE TROTZ POLITISCHER SORGEN

Auch in den vergangenen Wochen schienen die Aktienmärkte alle politischen Sorgen hinter sich zu lassen. Der Deutsche Aktienindex DAX hat seit dem Wahlsieg Donald Trumps in den USA am 8. November rund 15 Prozent hinzugewonnen und damit sogar die Kursgewinne an der Wall Street übertroffen. Mit der Rückkehr zur 12.000-Punkte-Marke ist der Weg für den deutschen Leitindex bis zum Rekordhoch vom April 2015 nicht mehr weit. Damals war das Kursbarometer in der Spitze bis auf 12.390 gestiegen. Aktienindizes für kleinere deutsche Aktien, MDAX und SDAX, konnten ihre damaligen Rekorde bereits einstellen und nie zuvor erreichte Höhen erklimmen. Ignorieren die Börsen etwa die politischen Risiken? Die Wahl von Populisten bedroht doch die Verbundenheit des Westens und damit auch wirtschaftliche Erfolge.

Doch die Kursgewinne an den Aktienbörsen sind nicht Ausdruck politischer Naivität. Wer aus politischen Sorgen Gründe findet, nicht zu investieren, hält sich bei Aktien schon seit langem zurück, denn die Sorgen sind nicht neu. Banken-, Staatsschulden- und Euro-Krise haben schon vor Jahren die Nervösen und Ängstlichen vertrieben. Damit war die Bahn frei für hohe Kursgewinne. Sie basieren aber nicht auf politischen Spekulationen sondern auf wirtschaftlichen Fakten. In den vergangenen Wochen verbesserten sich nicht nur die Konjunkturdaten fast überall auf der Welt, sondern auch die Unternehmensergebnisse. Die operativen Gewinne der im DAX enthaltenen Konzerne legte nach den bisher vorgelegten Bilanzzahlen im Vergleich zum Vorjahr um 15 Prozent auf 58 Milliarden Euro zu.

Auch in den USA fallen die Unternehmensergebnisse besser aus als erwartet. Hinzu kommt in den USA die Erwartung deutlich sinkender Steuern. Der Steuersatz auf Unternehmensgewinne ist dort mit 35 Prozent im internationalen Vergleich eher hoch. Auch die staatliche Reglementierung bei der Gründung eines neuen Unternehmens ist entgegen mancher Vorurteile diesseits des Atlantiks in den USA alles andere als unternehmerfreundlich.

Von allen Versprechen und Ankündigungen des neuen US-Präsidenten kann sich der US-Aktienmarkt vor allem darauf stützen, dass eine Reform der Unternehmensteuer ganz oben auf der Agenda von Trump steht. Dass dabei solche Unternehmen entlastet werden, die in den USA produzieren - getreu dem Wahlkampfmotto "America first" - kommt vor allem den mittleren und kleineren Unternehmen zugute. Folgerichtig wird der Kursaufschwung weniger von den Aktien der größten Technologiekonzerne als von der Masse der anderen Aktien getragen, auch sogenannter "Nebenwerte".

Die Aussichten auf Steuersenkungen, weniger Regulierung und mehr Staatsausgaben für Infrastruktur fallen an der Wall Street also auf fruchtbaren Boden und überwiegen noch die Sorgen, die auch von Trump als US-Präsidenten ausgehen: Eine Abschottung der US-Wirtschaft hätte negative Auswirkungen für die global agierenden US-Großkonzerne. Trumps Wirtschaftspolitik dürfte zu einem Anstieg von Inflation und Zinsen führen, was die Konjunktur belastet. Zudem könnte der US-Dollar wegen der attraktiveren Zinsen steigen, was die Exporte aus den USA erschweren würde. Dass Einfuhren in die USA dadurch gleichzeitiger billiger würden, würde möglicherweise durch Einführung einer "Grenzsteuer" auf Importe verhindert. Solange vieles, was der neue US-Präsident verkündet und plant, im Reich "alternativer Fakten" bleibt, hält sich die Börse lieber an die Wirklichkeit. Und die sieht im Moment zumindest noch gut aus. [dc2]

BAUSPARVERTRÄGE VOR DEM AUS

Ein Bausparvertrag ist ein Sparvertrag, bei dem Anleger zunächst mit meist monatlichen Einzahlungen ein Guthaben ansparen. Wenn rund die Hälfte der vereinbarten Bausparsumme zusammengekommen ist, wird ein Bausparvertrag zuteilungsreif, das heißt, der Bausparer kann sich die gesamte Bausparsumme auszahlen lassen, die dann nicht nur aus seinem Guthaben sondern zu anderen Hälfte aus einem Bauspardarlehen besteht, das dann über fortgesetzte Raten zurückbezahlt wird. In der Regel wird sowohl der Guthaben- als auch der Darlehnszins bei Vertragsbeginn endgültig festgelegt.

Bausparverträge gehören zu den Lieblings-Geldanlagen der Deutschen. Für das Jahr 2014 nennt die Statistik die Zahl von rund 30 Millionen Bausparverträgen. Bei rund 40 Millionen Haushalten in Deutschland lässt das den Schluss zu, dass drei von vier Haushalte über einen Bausparvertrag verfügen. Oder viele über mehrere. Schon die große Zahl legt den Schluss nahe, dass viele Bausparverträge nicht wegen des Anspruchs auf ein Bauspardarlehen existieren, sondern als Sparvertrag angesehen werden. Eine Auszahlung des angesparten Guthabens ist nicht an bauwirtschaftliche Zwecke gebunden wie dies beim Bauspardarlehen der Fall ist. Aber viele Bausparer haben es auch mit der Auszahlung ihres Guthabens nicht eilig. Denn in Zeiten sehr niedriger

Zinsen wurden alte Bausparverträge für Anleger zu einem guten Geschäft, wenn die Höhe der Guthabenzinsen zu einer Zeit festgeschrieben wurde, als das Zinsniveau deutlich höher lag. Beispielsweise erhält man bei Bausparverträgen, die vor gut 20 Jahren abgeschlossen wurden, auf sein Guthaben auch jetzt noch Zinsen von rund drei Prozent pro Jahr.

Damals, in Zeiten deutlich höherer Zinsen, war der Anspar-Teil des Vertrages für Anleger kein gutes Geschäft, hätten sich doch am Kapitalmarkt höhere Renditen erzielen lassen. Der Nutzen eines Bausparvertrages bestand vielmehr darin, einen Anspruch auf ein zinsgünstiges Darlehen zu erhalten. Zinsgünstige Baudarlehen gibt es aber seit Jahren auch ohne zuteilungsreifen Bausparvertrag. Statt einen Bausparvertrag möglichst schnell zur Zuteilung zu bringen, besteht die Kunst der Anleger nun darin, bestehende Bausparverträge möglichst lang in der Ansparphase fortzuführen und sich über die hohen Zinsen auf das Bausparguthaben zu freuen.

Genau das wurde aber für die Bausparkassen zum Problem. Sie wehrten sich dagegen, ihren Kunden Jahr für Jahr hohe Zinsen auf Alt-Verträge zu überweisen. Ende 2014 haben mehrere Bausparkassen begonnen, Altverträge zu kündigen, insbesondere solche, die seit mindestens zehn Jahren zuteilungsreif waren. Regelrechte Kündigungswellen gab es bei den Landesbausparkassen (LBS). Auch die BHW Bausparkasse hat über 20.000 Altverträge gekündigt. Insgesamt dürften über 250.000 Kündigungen für alte Verträge verschickt worden sein. Das führte zu großem Unmut der Sparer. Einige klagten gegen die Kündigung ihrer Altverträge - und bekamen teilweise Recht, beispielsweise vor dem Oberlandesgericht Stuttgart am 4. Mai 2016 (Aktenzeichen 9 U 230/15) oder vor dem OLG Bamberg am 10. August 2016 (Az. 8 U 24/16). Schließlich musste höchstrichterlich der Bundesgerichtshof (BGH) entscheiden, ob Bausparkassen Altverträge einseitig kündigen dürfen.

Am 21. Februar gab der BGH bekannt, dass Bausparkassen tatsächlich das Recht haben, alte, hochverzinsten Verträge einseitig zu kündigen, allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen. Demnach dürfen Bausparkassen Altverträge frühestens zehn Jahre nach der Zuteilungsreife kündigen, auch wenn sie noch nicht voll bespart sind (Az. XI ZR 185/16 und XI ZR 272/16). Der BGH begründete seine Urteile wie folgt: Auf die Bausparverträge sei Darlehensrecht anzuwenden, denn während der Ansparphase sei die Bausparkasse Darlehensnehmerin und der Bausparer Darlehensgeber. Erst mit der Inanspruchnahme eines Bauspardarlehens komme es zu einem Rollenwechsel. Der Zweck des Bausparens bestehe darin, durch Ansparleistungen einen Anspruch auf Gewährung eines Bauspardarlehens zu erlangen. Mit Eintritt der erstmaligen Zuteilungsreife habe der Bausparer das Darlehen vollständig gewährt und die Bausparkasse habe es damit empfangen. Hat der Bausparer weiter gespart, dann diene das nicht mehr dem Vertragszweck. Daraus ergebe sich ein gesetzliches Kündigungsrecht für die Bausparkassen, wenn seit Eintritt der Zuteilungsreife zehn Jahre vergangen sind (§ 489 Abs. 1 Nr. 2 BGB).

Alle Bausparer, die noch einen laufenden Vertrag haben, müssen jetzt damit rechnen, dass die Bausparkasse den Vertrag zehn Jahre nach Zuteilungsreife kündigt. Es ist also nur eine Frage der Zeit, bis Anleger eine alternative Möglichkeit benötigen, sowohl größere Einmalanlagen zu tätigen als auch monatliche Sparraten anzulegen. [dc2]

Mit freundlichen Grüßen



Fred und Steffen Nowicki

Wenn Sie nähere Informationen zu den angesprochenen Themen wünschen, wenden Sie sich bitte an Ihren Berater:
secumed Finanzdienstleistungsgesellschaft mbH
Fred und Steffen Nowicki
Prellerstraße 48
04155 Leipzig
info@secumed-leipzig.de
03 41 - 5 89 43 40
03 41 - 5 89 43 43

Die Übrigens... erscheint bei der Drescher & Cie Gesellschaft für Wirtschafts- und Finanzinformationen mbH, Ettore-Bugatti-Str. 6-14, 51149 Köln. Trotz sorgfältiger Auswahl der von der Drescher & Cie GmbH als zuverlässig eingestufte Quellen und Informationen kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte nicht gehaftet werden. Dies gilt insbesondere für Inhalte, die nicht von der Redaktion der Drescher & Cie GmbH, sondern von Dritten stammen. Inhalte der Redaktion sind anhand der jeweiligen Kürzel am Ende der redaktionellen Beiträge erkennbar, welche sich auf der Internetseite www.investmentredaktion.de/redaktion wiederfinden lassen. Die Inhalte der Übrigens... dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie stellen weder eine individuelle Anlageempfehlung noch eine Aufforderung zum Kauf- oder Verkauf von Wertpapieren dar. Kein Teil der Übrigens... oder dessen Format darf (auch auszugsweise) ohne die ausdrückliche vorherige schriftliche Zustimmung der Drescher & Cie GmbH oder ohne eine entsprechende schriftliche Vereinbarung mit der Drescher & Cie GmbH zur Nutzung der Inhalte und / oder des Formats der Übrigens... (Nutzungsrecht) reproduziert, nachgedruckt oder sonst vervielfältigt oder verbreitet werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder genutzte Kopie (auch auszugsweise) ohne Nutzungsrecht verpflichtet zur Gebührenzahlung an den Verleger. Regelungen zu einem Nutzungsentgelt im Rahmen einer Einräumung eines Nutzungsrechts bleiben unberührt. (c) 2008 Drescher & Cie GmbH